

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

107 (9.5.1906) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Nr. 107.

Zweites Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 9. Mai 1906.

26. Jahrgang.

Volkschule und Sozialdemokratie.

Rede des Abgeordneten Wilhelm Kolb in der 69. Sitzung der 2. Kammer des badischen Landtags.

Meine sehr geehrten Herren! Bei der Beratung des Volkschulbudgets wurde durch eine Vereinbarung der Parteien beschlossen, von der Behandlung der prinzipiellen Fragen, soweit sie die Volkschule anbelangen, Abstand zu nehmen. Nun hat gestern der Herr Staatsminister gemeint, man könne auch jetzt davon absehen, prinzipielle Fragen zu erörtern, weil dabei nicht viel herauszukommen und nur die Debatte verlängert werde. Ich kann namens meiner Fraktion nur erklären, daß wir nicht in der Lage sind, von der Besprechung der Fragen abzusehen, die wir bei einer Reform des Volksschulwesens vertreten müssen. Wir sind nicht der Meinung, daß wir nur dazu hierher gewährt sind, um das zu akzeptieren, was die Regierung vorschlägt, sondern um das zu betreiben, was wir in den Fragen für richtig und notwendig halten, die hier in Betracht kommen, und damit eine wertvolle Mitarbeit für eine spätere Reform des Volksschulwesens zu leisten. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die jetzige Reform keinen Abschluß bedeutet.

Die Arbeiter und die Volkschule.

M. H.! Die Arbeiter, in deren Namen ich hier spreche, haben an diesem Gesetzentwurf selbstverständlich das denkbar größte Interesse und zwar aus sozialpolitischen, allgemein politischen, wirtschaftlichen und pädagogischen Gründen. Die Fortschritte der Arbeiterklasse auf den verschiedenen Gebieten hängen nicht zum wenigsten davon ab, welche Bildung und Erziehung sie in der Jugend genießen. Und auch der Staat, meine ich, hätte das allergrößte Interesse an einer möglichst guten Volkschule; denn auch der Staat hat ein Interesse daran, daß jeder einzelne Bürger den ihm gestellten Aufgaben vollkommen genügen kann. Ich habe bei einer früheren Debatte schon darauf hingewiesen, daß wir gegenwärtig in einer Zeit schärfer Konkurrenz der einzelnen sowohl wie der Nationen leben, und in einer solchen Zeit ist es notwendig, daß der einzelne sowohl wie die Nation den Konkurrenzämpfen gewachsen sind. Das wird jeden Tag mehr eingesehen, weil der Konkurrenzkampf sich immer mehr entwickelt, sich fortsetzt und verschärft. Wie heute die Dinge auf dem Weltmarkt liegen, müssen wir Qualitätswaren liefern, wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen. Die Qualitätsware kann man aber nur liefern mit Qualitätskräften. Das gilt nicht nur von der Industrie, sondern von jedem einzelnen Beruf; das wurde auch bei der Landwirtschaftsdebatte herbeigeführt.

Ueber den Wert und die Bedeutung der Volkserziehung und Volksschule.

haben sich die größten Denker aller Zeiten ausgesprochen. Ich will davon absehen, im einzelnen dafür Zitate zu bringen und nur darauf hinweisen, daß die Wahrheit des Sprichworts „Wissen ist Macht“ heute allgemein anerkannt wird. Einer unserer berühmtesten Philosophen, Leibniz, hat gesagt: „Macht nicht vom Herrn der Bildung, und ich will auch die Welt umgestalten“. In der Tat; wer die Macht in der Hand hat, die heranwachsende Generation so zu erziehen, wie es unserer Zeit entspricht, der kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß er über die Zukunft verfügen wird. Die latwollige Rede hat die Wahrheit dieses Sprichworts erkannt und allzeit den großen Wert darauf gelegt, Einfluß auf die Erziehung und Ausbildung der großen Masse des Volkes zu gewinnen, und sie ist auch heute noch in dieser Richtung bestrebt und verfährt überall, wo sie Einfluß gewinnen kann, sich wiederum um „Mutter der Schule“ einzusetzen. Der badische Staat hat leider in der Richtung nicht das getan, was man erwarten sollte. Obwohl man eine Zeitlang nicht mit Unrecht in manchen Beziehungen von dem liberalen Musterstaat sprechen konnte, kann man wohl sagen, daß er in dieser Beziehung sich kein Verdienst erworben hat. Unsere Volksschule ist mehr und mehr zurückgefallen, das wird heute auch allgemein anerkannt. Sie hat nicht gleichen Schritt mit der Entwicklung auf allen übrigen Gebieten des öffentlichen Lebens gehalten. Es ist heute eine allgemein anerkannte Tatsache, daß Wissen und Können, und zwar des einzelnen wie der Gesamtheit, ein Teil des nationalen Vermögens sind. Was man auf dem Gebiete des Volksschulwesens leistet, kommt der Allgemeinheit und in letzter Reihe jedem einzelnen zugute. Wenn man hier sparen will, so kommt man nicht vorwärts. Ich halte den Standpunkt der Regierung, welche die Volksschulfrage zur reinen Finanzfrage macht, für einen vollständig verkehrten. Die Regierung läßt dabei die volkswirtschaftliche Seite der Frage völlig außer acht, das wird sich rächen. Ich habe die feste Überzeugung, wir werden mit einer Reform, wie sie die Regierung will, an den Zuständen unserer Volksschule sehr wenig ändern.

Volksschule und Sozialreform.

M. H.! Die Frage der Volksschulerziehung und -bildung spielt auch hinsichtlich der Sozialreform eine außerordentlich wichtige Rolle. Sie ist ein Teil der großen sozialen Frage, und jede gründliche Reform, die auf diesem Gebiete vorgenommen wird, ist auch zugleich ein Stück Sozialreform. Ob und wie die sozialen Stämme, die wir heute durchzulämpfen haben, und um die man nicht herumkommt, durchgeführt werden, welche Formen in diesen Kämpfen zur Anwendung kommen, das hängt auch mit davon ab, welche Bildung und Erziehung die Masse des Volkes in der Schule genießt, und wenn man sich heute darüber ausläßt, daß die Formen des Kampfes im wirtschaftlichen Leben oft unerfreulich sind, trägt der Staat insofern der schlechten Bildung der Masse des Volkes die Schuld an diesen Zuständen. Der Herr Abg. Witz hat allerdings gestern gemeint, daß die Volksschulbildung es nicht ausmache, daß die beste Volksschulbildung allein nicht hinreicht, dem Einzelnen ein gutes Wissen und Können zu verschaffen, welches er braucht, wenn er nicht selbst die Kraft in sich fühlt, sich

weiter fortzubilden und über das, was er in der Schule gelernt hat, hinauszukommen. Das ist an und für sich richtig; es kommt aber doch auch in Betracht, daß ein innerer Trieb, sich fortzubilden, in der Hauptsache nur bei denen vorhanden ist, bei welchen eine richtige Grundanlage für diese Weiterbildung geschaffen wurde. Wo diese Grundanlage aber nicht vorhanden ist, da fehlt es auch an Energie und an innerem Trieb zur Weiterbildung. Je weniger der Mensch gelernt hat, desto weniger Trieb und Energie besitzt er, um sich weiter fortzubilden.

M. H.!

Der Zweck unserer Volksschulbildung und Volkserziehung ist heute ein ganz anderer, als er es früher war. Früher hat die Volksschule ihre Aufgabe hauptsächlich darin erblickt, möglichst gute und zufriedene Untertanen zu erziehen; heute ist man darüber hinaus; heute ist die Aufgabe der Volksschule nicht die, zufriedene Untertanen zu erziehen, sondern tüchtige Beamte, tüchtige Staatsbürger, tüchtige Techniker, tüchtige Menschen auf allen Gebieten heranzubilden. Darum muß ein Hauptwert auf die Bildung und Erziehung des Volkes gelegt werden, und infolgedessen muß die Grundlage unserer Volksschulbildung eine möglichst harmonische Ausbildung aller geistigen und sonstigen Eigenschaften sein, die in den Kindern schlummert. Es handelt sich nicht bloß darum, eine verstandesmäßige Ausbildung zu erzielen, sondern es handelt sich auch darum, Herz und Gemüt der Kinder auszubilden, und ich bin der Meinung, daß gerade nach dieser Richtung hin nicht immer das geschieht, was wünschenswert wäre. Es wird zu viel Wert auf die verstandesmäßige Ausbildung gelegt, während die andere Seite des Lebens zu sehr dabei außer Betracht bleibt. Das macht sich dann später im Leben bemerkbar. So sehr ich auch die Theorie verleihe, so lege ich doch andererseits großen Wert darauf, daß die Menschen in der Schule zur Praxis erzogen werden. Theorie und Praxis kann man nicht trennen. Die Kinder sollen in der Schule nicht für die Schule, sondern sie sollen für das Leben lernen. Das muß ich allerdings zugeben: es sind in dieser Richtung in den letzten Jahren hier Fortschritte gemacht worden, und es ist ja z. B. der Handarbeitsunterricht in den Städten insbesondere allgemein eingeführt, wenn auch nicht obligatorisch, so doch fakultativ; ich hoffe aber, daß er bald obligatorisch eingeführt wird. Es ist das ein Gebiet des Unterrichts, das heutzutage sehr wichtig ist und auf das der Staat besonderen Wert legen sollte. Andere Staaten sind uns in dieser Beziehung schon ziemlich weit vorausgekommen. Der Herr Minister hat gestern bei seinen Vergleichungen immer auf andere Staaten abgesehen, auf Preußen, Sachsen, Hessen usw. Ich meine aber, man sollte auch auf solche Staaten absehen, die uns auf diesem Gebiete voraus sind, und nicht nur auf solche, die hinter uns zurückgeblieben sind. Ich weise auf Dänemark, Amerika hin, die auf diesen Gebieten bedeutend mehr geleistet haben. Das Merkmal zeigt sich besonders in Bezug auf die Möglichkeit des Konkurrenzkampfes. Bei der Landwirtschaftsdebatte ist nicht nur von meiner, sondern auch von anderer Seite gesagt worden, daß die Resultate einer derartigen Bildung außerordentlich günstig wären.

Die Volksschule eine Armenschule.

M. H.! Wenn man von der Volksschule spricht, so muß man allerdings hinzufügen, daß wir eine eigentliche Volksschule in Deutschland nicht haben. Eine Volksschule bedeutet doch schließlich so viel, daß das ganze Volk in dieser Schule wenigstens einen gewissen Zeitraum hindurch seine Bildung und Erziehung erhält. Bei uns liegen die Verhältnisse so, daß die Volksschule nur für die ärmeren Klassen der Bevölkerung da ist. Man hat dafür gesorgt, daß für alle möglichen Bevölkerungsstufen besondere Schulen vorhanden sind. Man begnügt sich nicht damit, besondere Volksschulen zu gründen, sondern man hatte zum Beispiel in Karlsruhe noch eine Schule für die ganz Armen, die nur in der Lage waren, 1 Mk. Schulgeld oder gar nichts zu bezahlen. Wir haben Bürgerschulen, wir haben höhere Bürgerschulen, Realschulen usw.; kurz für die verschiedensten Gesellschaftsklassen hat man die verschiedensten Schulen, und deshalb kann man von einer allgemeinen Volksschule nicht reden. Und doch wäre es gerade in unserer heutigen Zeit mehr als in irgend einer anderen notwendig, daß die Kinder zunächst einige Jahre hindurch auf derselben Schulbank sitzen und dadurch sich auch im späteren, im gesellschaftlichen Leben näher gebracht werden. Wer drei, vier Jahre die Volksschule besucht und dort die Verhältnisse kennen gelernt hat, der wird später, wenn er vielleicht im Staate eine große Rolle spielt, ein ganz anderes Urteil und ein ganz anderes Verständnis für diese Klassen haben, und er wird seine Tätigkeit ganz anders einrichten, als er, der niemals in diese Verhältnisse hineingekommen hat, und von Jugend auf in einem ganz anderen Milieu aufgewachsen ist. Ich bin der Meinung, und mit mir meine Freunde, daß bei der Schule und bei der Bildung nicht der Geldsack der Eltern, sondern die geistige Individualität des Kindes die entscheidende Rolle spielen sollte. Heute ist das leider nicht der Fall; es kommt nicht darauf an, ob das Kind intelligent ist, und ob es die Fähigkeit besitzt, sich weiter einzusetzen, sondern der Geldsack der Eltern spielt die entscheidende Rolle dafür, welche Schule das Kind besuchen muß, und welche Rolle es im späteren Leben spielen soll. Das hat zur Folge, daß einerseits eine große Masse von Intelligenz verloren geht, die unserem Staate zu Nutzen kommen würde, und daß andererseits in den mittleren und höheren Stellen des öffentlichen Lebens sich mehr und mehr die platteste Mittelmäßigkeit breit macht; und diese Mittelmäßigkeit ist es, die jeden hoch und verfolgt, der über die Mittelmäßigkeit hinaus etwas mehr leisten, und der infolge dessen es nicht nötig hat, durch Streberei und ähnliche Mittel sich in eine höhere Stellung hinaufzuarbeiten. Ich meine, das ist ein

außerordentlich ungesunder Zustand, den jeder von Ihnen schon erfahren hat, der offenbar zulage liegt, und gegen den man nur dadurch ankämpfen kann, daß man die Volksschule und die Volkserziehung auf eine ganz andere, gesunde und naturgemäße Grundlage stellt.

Das heutige Bildungssystem ein Hindernis des Fortschritts.

Dieses Bildungssystem, gegen das wir ankämpfen, ist selbstverständlich auch ein Hindernis in Bezug auf die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Wenn man demgegenüber einwendet: ja wir haben doch heute Einrichtungen, die es auch dem Kleinsten ermöglichen, besser zu werden, so ist das in dieser Allgemeinheit ganz zweifellos nicht zutreffend. Gewiß haben wir auch heute die Einrichtung der Stipendien, und es ist manchmal die Gelegenheit gegeben, auch eine bessere Schule, sogar ein akademisches Studium durchzumachen. Allein, das sind im großen und ganzen Ausnahmefälle. Aber selbst diese Ausnahmefälle führen zu ganz eigenartigen Zuständen. Für den, der ein Stipendium gewonnen hat, heißt es sehr oft im ganzen späteren Leben: „Kusch dich, küß dich ja nicht, mach ja den Mund nicht zu weit auf, sonst werden wir dir gehen, durch wen, durch wessen Hilfe du deine akademische Bildung bekommen hast“. Wir haben es ja erst vor ein paar Wochen erlebt, wie ein Mann, der sich erlaubt hat, sich eine eigene Meinung im Laufe seines Lebens zu bilden, in aller Öffentlichkeit zum Vorwurf Studium durchgemacht hat, die er heute aufs allerhöchste in politischer Beziehung bekämpft. Der Mann hat zwar alles auf Heller und Pfennig zurückbezahlt. Das hat ihn aber nicht davon bewahrt, daß seine Verhältnisse, sogar die seines Vaters, in der breitesten Öffentlichkeit und in der ungeschänten Weise behandelt worden sind. Wenn man solches erleben muß, dann soll man nicht sagen, daß die Stipendien ein Erfolg für das wären, was wir verlangen: daß jeder einzelne Staatsbürger seine Kinder in die Schule schicken kann, für welche die geistige Veranlagung derselben geeignet ist.

Klassenstaat und Klassenfeind.

Unerreichte prinzipielle Forderung geht dahin: jedem Kinde die Möglichkeit zu geben, soweit es die geistigen Fähigkeiten, die Intelligenz besitzt, nach oben zu kommen, und daß alle diejenigen, die diese Fähigkeit nicht besitzen, eben dort bleiben, wo sie hingehören, daß nicht durch alle möglichen Mittel diesen Leuten doch der Weg und die Bahn frei gemacht wird, um nach oben zu kommen. Der Klassenstaat, von dem wir immer reden, tritt vielleicht auf keinem Gebiete so deutlich in die Erscheinung, wie gerade auf dem der Bildung und Erziehung des Volkes. Wenn wir sehen, was auf anderen Gebieten vorausgegangen ist, wie nicht gelangt wird, wenn es sich darum handelt, unsere Sozialpolitik so zu gestalten, daß sie die Konkurrenz mit den anderen aufnehmen können, und auf der anderen Seite erfahren, erleben müssen, wie schwer, hermadigen, jahrelangen Kampf man führen muß, um nur die einfachste, selbstverständliche Forderung auf dem Gebiete des Volksschulwesens durchzuführen, können wir keinen Augenblick mehr im Zweifel darüber sein, daß es sich hier um Ausläufer des Klassenstaates handelt. Vielleicht spielt der Umstand eine nicht geringe Rolle, daß man sich sagt: „Wissen ist Macht, und über je mehr Wissen ein Mensch verfügt, desto mehr strebt er nach Macht, je mehr Wissen aber die Arbeiterklasse hat, desto mehr und desto intensiver wird sie nach politischer Macht streben. Mehr Wissen bedeutet für die Arbeiter bessere Löhne, bessere Wohnungen, ein ganz anderes Leben, als es heute führen.“ Vielleicht geht man deshalb allzu sehr auf dem Gebiete der Volksschule, Volkserziehung, weil man diese Folgen fürchtet. Der bekannte Philosoph Nietzsche hat dieselben Gedanken in den Worten Ausdruck verliehen: „Wenn man Elaven erziehen will, dann ist man ein Narr, wenn man Herren erzieht.“ Ganz trifft das ja auf unsere Volksschule nicht zu, aber teilweise. Je tiefer die Bildung, der Bildungsstand ist, desto weniger haben die Leute das Bedürfnis, sich in sozialer, in kultureller Beziehung in die Höhe zu arbeiten. Ich habe das Nähere darüber vorhin schon gesagt.

Bildung und Fortschritt.

M. H.! Nun gibt es heute noch Leute, die den Standpunkt vertreten, den einmal ein Zentrumsabgeordneter gelegentlich einer Schuldebatte — ich weiß nicht, im preussischen Abgeordnetenhaus oder im Herrenhaus — vertreten hat. Es war Reichensperger, der unter anderem gesagt hat: „Vaterländische Geschichte, Naturkunde, Geographie usw., das sind zwar ganz schöne Dinge, aber sie sind nicht bloß überflüssiger Luxus, sondern die allergrößte Gefahr für die Gesamtheit und für den Staat. Für einen Ziegenknecht, einen Fabrikarbeiter usw., genügt es vollständig, wenn er ein bißchen Lesen, Schreiben und Rechnen kann und daneben natürlich auch noch ausgiebig und gründlich auf dem Gebiete der Religion unterrichtet wird. Darüber hinaus braucht er nichts zu wissen.“ Ich weiß nicht, ob die Herren vom Zentrum heute noch auf dem Standpunkt Reichenspergers stehen. Nur soviel weiß ich, daß da, wo die Merkmalen die Mehrheit haben, sie immer noch den Standpunkt vertreten, den der Abg. Reichensperger damals vertreten hat. Wir sind der Meinung, daß das ein vollständig falscher Standpunkt ist. Es ist durchaus unrichtig, wenn man meint, daß, wenn die untersten Schichten des Volkes mehr Wissen, mehr Bildung bekommen, sie sich dann dagegen sträuben, diejenigen Arbeiten zu verrichten, die man als gewöhnliche Arbeiten bezeichnet. Das ist ein ganz falscher Standpunkt, ganz abgesehen davon, daß unsere ganze technische Entwicklung schon dafür sorgt, daß diese Arbeiten mit der Zeit ganz andere werden, als sie früher waren und heute sind. Man sagt dann immer: das Wissen macht begehrlieh, das ist durchaus richtig, und wir stehen auf dem Stand-

punkt, daß die Arbeiter auf dem Gebiete, wie auf manchen anderen noch lange nicht begehrlieh genug sind. Die Begehrliehkeit, soweit sie in Bezug auf die Bildung, in Bezug auf sozialen, politischen Fortschritt in Betracht kommt, ist eine durchaus gesunde Begehrliehkeit. Sie ist die Triebfeder jeden Fortschritts, und wenn diese Begehrliehkeit nicht mehr bestände, so stände es um unser Staatswesen und um die Entwicklung des öffentlichen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens außerordentlich schlecht.

Trennung der Schule von der Kirche.

Was wir besonders auf dem Gebiete der Volksschule beklagen, das ist die Verbindung zwischen Schule und Kirche, ein Punkt, der bisher gar nicht berührt worden ist, der natürlich auch nicht in der Vorlage der Regierung enthalten ist, den aber wir für einen außerordentlich wichtigen halten, wenn man überhaupt an eine grundsätzliche Reform unseres Volksschulwesens herantreten will. Ich habe vorhin schon gesagt: die Kirche spielt sich gern als Mutter der Schule auf. Aber wir sind der Meinung: die Kirche hat an der Schule die Rolle einer Nebenmutter gespielt. (Ob! im Zentrum.) (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kirche hat auf dem Gebiete der Volksschule das nicht getan, was sie hätte tun müssen. Gewiß hat sie in früheren Zeiten, wo der Staat sich um diese Dinge noch nicht kümmerte, wo er sich noch nicht darum kümmern konnte, unter den Verhältnissen, die damals vorhanden waren, viel gutes geleistet. Das bestreiten wir nicht; es wäre töricht, historische Tatsachen wegzulugeln zu wollen. Aber in der heutigen Zeit, wo es die Aufgabe des Staates ist, auf allen diesen Gebieten zu wirken und das zu tun, was früher die katholische und andere Religionsgemeinschaften getan haben, da muß der Staat auch die volle Konsequenz aus dem Standpunkt ziehen, den er nun einmal einnehmen muß. So lange die Kirche in der Schule einen so großen Einfluß hat und namentlich in der Volksschule — denn in den anderen ist es lange nicht so schlimm — so lange hat sie auch einen großen Einfluß auf das öffentliche Leben. Das ist ganz selbstverständlich, denn wer die Jugend für sich hat, der hat auch die Zukunft für sich. Der Staat allerdings kann das auf die Dauer nicht ertragen. Es ist kein Zufall, daß fortgesetzt Konflikte zwischen der Kirche und dem Staate bestehen. Wir leben da in durchaus insonsequenten, unbilligen Verhältnissen, die nach der einen oder nach der anderen Seite hin gelöst werden müssen, die auf die Dauer, so wie sie heute liegen, nicht ertragen werden können. Nach welcher Seite hin sie gelöst werden müssen, auch das ist für jeden verständigen Menschen vollständig klar. Es handelt sich vor allem darum, die Schule von der Kirche freizumachen. Der heutige Zustand widerspricht in seiner Konsequenz vollständig der Verfassung: Der heutige Verfassungsstaat steht auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession, ohne Unterschied der politischen Überzeugung. Dieser Grundsatz wird aber durch das heutige Verhältnis zwischen Staat und Kirche fort und fort verletzt, und das darf und wird sich die Verfassung nicht auf die Dauer der Zeit nicht gefallen lassen. Es muß hier in irgend einer Weise eine Veränderung eintreten. Der heutige moderne Verfassungsstaat hat keine Religion, keine Konfession. Er kann sie nicht haben insofern des Grundsatzes, auf dem er aufgebaut ist, und daraus muß auch der Staat die Konsequenzen ziehen. Er darf weder die eine noch die andere Konfession irgendwie bevorzugen, sondern muß sie frei wachen lassen, wie sie das nach ihren Grundsätzen für notwendig halten. So lange das nicht geschieht, so lange werden wir auch auf dem Gebiete der Volksschule diejenigen Lebensverhältnisse nicht beseitigen können, die heute noch vorhanden sind und die mit Recht allgemein beklagt werden. Welcher Zustand ist es z. B., wenn in der Volksschule, in ein und derselben Volksschule, die unter der Aufsicht des Staates steht, der eine Religionslehrer lehrt: „Die katholische Kirche ist die wahre, allein seligmachende.“ Dann kommt der protestantische Religionslehrer und behauptet entsprechend das Gegenteil. Der jüdische natürlich nicht auch nicht behaupten, daß die jüdische Religion nicht die wahre und richtige sei. In das ist doch kein Zustand, der auf die Dauer aufrecht erhalten werden kann!

Folgen des heutigen Zustandes.

Gerade unsere heutige Zeit, wo auch jeder Ziegenknecht Gelegenheit hat, seine Bildung weiter zu verfolgen, sollte man etwas anderes bieten. Die Leute denken ganz anders wie früher, wo sie alles in alle Ewigkeit geglaubt haben, was ihnen auf der Schulbank gelehrt wurde. Wer die Augen aufmacht und ins Leben hineinschaut, der sieht, zu welcher ungeheuren Widesprüche das führt. Man beklagt sich heute oft darüber, daß viele Menschen gerade auf religiösem Gebiet alles über Bord werfen, das Kind zusammen mit dem Bad ausschütten. Woher kommt das? Sie haben in ihrem späteren Leben Widersprüche empfunden und entdeckt, die sie auf der Schulbank nicht gefunden haben, und sie wußten diese Widersprüche nicht anders zu erklären, als so, daß man ihnen in der Schule die Wahrheit vorenthalten hat; und die Folge war, daß sie von einem Extrem ins andere gefallen sind.

Fort mit dem Religionsunterricht aus der Volksschule.

M. H.! Der Herr Abg. Mohrbach hat ganz mit Recht in seinem Vortrag die Erwartung ausgesprochen, daß es Aufgabe des Geisteslichen sei, den Religionsunterricht zu erteilen, und nicht Aufgabe des Lehrers. Ich gehe noch weiter: es ist überhaupt nicht Aufgabe des Staates, sich darum zu bekümmern; das ist Aufgabe der Kirche, ausschließliche Aufgabe der Kirche. Sie mag Religionsunterricht erteilen, so viel sie will, so viel sie für notwendig hält, aber nicht innerhalb der staatlichen

Volksschule, denn die Religion hat als solche mit der staatlichen Volksschule durchaus nichts zu tun! Ich weiß wohl, daß uns in der Presse deshalb höchstwahrscheinlich der Vorwurf der Religionsfeindschaft gemacht wird. Das ist durchaus nicht richtig, indem wir der Kirche auf dem Gebiet volle Freiheit lassen; wir geben ihr alles das, auf was sie mit Recht Anspruch hat, aber der Kirche Privilegien zu geben, die andere Gemeinschaften nicht haben, dazu haben wir am allerwenigsten Veranlassung.

Welcher Zustand ist es heute, wo auch bei dem Lehrer dieselben Widersprüche sich entwickeln wie später beim erwachsenen Mann durch das, was er hinzulern. Ich kenne eine ganze Reihe von Lehrern, die haben mit gesagt, daß es sehr viele gebe, die mit dem Kirchenglauben völlig gebrochen haben und trotzdem gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen. Was soll da gutes herauskommen? Haben Sie (zum Zentrum) als Vertreter der „alleinseligmachenden Religion“ wirklich ein Interesse daran, daß ein solcher Lehrer in der Schule Religionsunterricht erteilt? Ich glaube, Sie hätten das größte Interesse daran, zu sagen, daß das nicht gut ist, wenn solche Leute Religionsunterricht erteilen. Diejenigen Leute sollen den Religionsunterricht erteilen, die dazu berufen sind, die das auch glauben, was sie in der Religionsstunde den Kindern lehren. Die Bremer Lehrerschaft hat eine Agitation in der Lehrerschaft eingeleitet, die noch in der Entwicklung begriffen ist. Sie wird zwar zunächst keinen großen Erfolg haben, aber die Volksgeschichte sieht nicht still, auch in Deutschland nicht, und wir werden auch in Deutschland dazu kommen müssen, auf diesem Gebiete eine reine Trennung vorzunehmen und dem Staat dadurch die Mittel an die Hand zu geben, die Volksschule so auszubauen, wie sie ausgebaut werden muß.

Ich will nicht darauf abheben, daß in dem Religionsunterricht, namentlich in dem katholischen, heute nur eine ganze Reihe von Dingen gelehrt werden, für die der Staat schließlich die Verantwortung nicht übernehmen kann — der moderne Verfassungsstaat — und trotzdem wird solcher Religionsunterricht in seinem Namen gegeben. Das geht auf die Dauer nicht, hier muß irgendwie eine Aenderung eintreten.

Auch das Volk will die Wahrheit wissen.

Sobald wird folgendes in weiten Kreisen mißlich empfunden: die Leute sagen: gibt es denn zwei Weltanschauungen, eine für die breite Masse des Volkes und eine für die oberen Zehntausend? Warum wird dem Volk das absolut vorenthalten, was Allgemeinart der Wissenschaft heute ist? Ich will nicht sagen, daß in der Volksschule über alle möglichen wissenschaftlichen Gebiete Unterricht erteilt werden soll; aber man soll in der Volksschule nicht Dinge lehren, über welche die Wissenschaft hinaus ist, und man soll vor allem nicht die Zeit damit verstreuen, Dinge zu lehren, für die unsere Zeit nicht das mindeste Interesse hat, während andere Dinge, die für den Konkurrenzkampf von ungeheurer Wichtigkeit sind, in der Volksschule einfach ignoriert werden? Was ist das für ein Zustand, daß unsere Kinder in der Volksschule — ich weiß es, ich bin selbst in die Volksschule gegangen — von Goethe, Schiller, Lessing, von allen unseren Geistesheroen fast gar nichts lernen als bis da ein Gebieth, das sie auswendig lernen müssen? Auf der anderen Seite aber werden sie jahrelang mit orientalischen Wundermärchen gefüllt, sie werden bis zum Ueberdruß gelehrt, wie alt Methusalem war, wer Jakob, Naam, Abraham und alle diese Leute waren. Das wird dem Kinde so eingeprägt, daß man es das ganze Leben nicht vergißt, und das heute im 20. Jahrhundert! Jede Woche werden 3, 4 Stunden damit zugebracht. Ich meine, es wäre an der Zeit, wenn man die Volksschule auf eine höhere Stufe bringen will, daß man damit ausräumt. Diejenigen Eltern, die ein Interesse daran haben, daß ihre Kinder diese Wundermärchen lernen, daß z. B. Elias im fenzigen Regen gen Himmel gefahren ist usw., die können es außerhalb der Schule ihre Kinder lehren lassen, aber der Staat soll die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Ich weiß das wohl, das ist sehr bedauerlich, daß solche Dinge gelehrt werden und bei den Kindern, die man erzieht? Ich sage nein, denn es hat noch zu keiner Zeit so viel Unkraut auf fruchtigem wie politischem Gebiete gegeben, als in der heutigen. Es gibt Leute, die Religion und Nationalismus nur aus materiellen Gründen pflegen (sehr richtig), die so wenig wie die Altheiten glauben und trotzdem in die Kirche gehen, und trotzdem sich fromm gebärden. (Widerpruch und Lachen beim Zentrum.) Ich meine, das sind Zustände, die nicht mehr lange aufrecht erhalten werden können. Wir haben für detaillierte Unterrichtsgegenstände heute wahrlich einen nützlicheren, besseren Erfolg, und der Staat sollte endlich daran denken, diesen Erfolg den Kindern zu geben; denn, wie gesagt, vorenthalten kann man das dem Volk doch nicht mehr. Wir haben heute Volkshochschulen, und da hören die Leute, was man ihnen vorenthalten hat, die Bewegung hat eingeseht und kann nicht aufgehalten werden. Warum also erst später den Leuten das zu wissen zu tun, was sie in der Jugend viel leichter und unter ganz anderen Verhältnissen hätten lernen können? Sie müssen auf diesem Gebiete einmal vorangehen, es bleibt nichts anderes übrig.

Kein fauler Kompromiß, sondern christliche Konsequenz.

M. Q. 1. Kein Mensch bestreitet, daß ein Kampf um zwei Weltanschauungen stattfindet; warum also einen faulen Kompromiß aufrecht erhalten, der nicht mehr lange aufrecht zu erhalten ist und der, je länger man ihn aufrecht erhält, je weniger gut kommt, die Konsequenzen ziehen, nämlich den Herren dort drüben (zum Zentrum zugehend). Die haben vorigen Sommer erklärt, daß sie sich mit der Simultan- schule abgefunden haben. Sie haben recht, eine Simultan- schule, mit der das Zentrum sich abfindet, ist auch darnach (Seitertzeit), da muß unter allen Umständen eingegriffen werden. Sie lachen ja, Sie haben 28 Sätze, wir bloß 12, aber das ändert sich. Sie werden wohl nicht der Meinung sein, daß Sie schnellere Fortschritte machen werden, als wir. Vor 30 Jahren waren wir die Beratheten und die Heilige Partei und Sie waren genau so stark wie heute (Widerpruch beim Zentrum), ja, nach der Zahl Ihrer Abgeordneten nicht, aber die Zahl Ihrer Anhänger hat in dieser Zeit nicht zugenommen (Lachen im Zentrum), jedenfalls lange nicht im Verhältnis des Bevölkerungszuwachses zugenommen. (Lachen beim Zentrum, Glorre des Präsidenten.) Ich meine also, die Herren auf dieser ja ein Fortschritt gegenüber der National-Liberalen. Wenn man sagt, es sei hier mit einer liberalen Kategorie zu rechnen, die

man nicht so schnell abzuwenden könne, so sind das alle Menschen, die immer entgegengehalten werden, wenn es sich um einen Fortschritt handelt. Immer werden die bürgerlichen Zustände angeführt, die aber der Entwicklung bedürfen. Damit muß gebrochen werden. Die Sozialdemokraten sind es nicht allein, die über den Religionsunterricht, wie er in der Volksschule gelehrt wird, ein abfälliges Urtheil abgeben müssen, sondern auch sehr fromme Männer, die es mit der Religion wirklich ernstlich und gut meinen. Dafür habe ich eine ganze Menge Beispiele. Ich habe im Volksfreund einmal ein Urtheil von Leo Tolstoj abgedruckt. Tolstoj ist ganz gewiß ein guter Christ, das wird niemand bestreiten wollen, ein wahrhaft frommer Mann — deshalb ist er auch extremumiert — (Lachen beim Zentrum) und dieser Mann hat erklärt, die Art, wie heute der Religionsunterricht in unseren Volksschulen erteilt wird, sei geradezu ein Verbrechen an unseren Kindern. Die Zentrums-Prese hat natürlich die Gelegenheit benützt, um zu schreiben, der Volksfreund habe das geschrieben, und es hat dann in der ganzen Zentrums-Prese die Runde gemacht, der Volksfreund habe die Religion als ein Verbrechen an den Kindern bezeichnet. Daß aber Tolstoj das geschrieben hat, hat man verschwiegen, weil man sich wahrscheinlich gesagt hat, Tolstoj ist ein sehr frommer Mann, viel frommer, christlicher, religiöser als wir, der der Religion berufsmäßig vertritt und jedenfalls lehrhafter in seinen Anschauungen hinsichtlich der religiösen Praxis.

Naturunterricht statt Religion.

Heute ist es die Religion, die sozusagen im Mittelpunkt des Volksschulunterrichts steht. Es besteht, soweit ich weiß, sogar eine Vor- schrift, daß der Religionsunterricht möglichst morgens in der Frühe, wenn die Kinder noch frisch und munter sind, erteilt werden muß. Ich halte es für nützlicher, man würde morgens früh den Naturunterricht erteilen; dieser gehört in den Mittelpunkt unseres heutigen Volksschulunterrichts gestellt und nicht der Religionsunterricht. Die Kirche mo ihre Religionsunter- richt erteilen außerhalb der Schule, so viel sie will und den Eltern beliebt; aber in der Schule darf man nicht ganz wichtige Gegenstände einfach ignorieren und dafür jede Woche 3 oder 4 Stunden die Kinder mit diesen religiösen Geschichten plagen.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Schul- gesetzentwurf.

M. Q. 1. Wenn ich an Nothoff dieser meiner prinzipiellen Auffassung den uns vorliegenden Entwurf prüfe, so muß ich zu einem wesentlichen anderen Urtheil kommen, als es geht von den Rednern der beiden großen Parteien abgegeben worden ist. Da kann ich nur sagen: Genossen und viel zu leicht befunden. Dieser Entwurf entspricht lange nicht dem, was wir gewünscht hätten, daß man endlich auf dem Gebiet der Volksschule durchfährt. Ich habe vorher schon gesagt, die ganze Volksschulfrage wird zu einer reinen Finanzfrage gemacht, und das ist das denkbar Bersteckste, was man auf diesem Gebiet überhaupt tun kann. Die Volksschule war und ist heute noch und bleibt auch für die nächste Zeit das Achsendrödel des Staates sowohl als der Gemeinden. Weder das Reich noch die Gemeinde will dieses Kind als ihr rechtmäßiges auser- wesen; jeder sträubt sich dagegen, die Kosten dafür auf- zubringen, der eine möchte sie dem andern aufhalsen. Das ist der allerbeste Beweis dafür, wie tief man heute noch die Volksschule einschätzt.

Innere Forderungen.

Welche Forderungen wie an die Volksschule stellen, das ist ja wohl Ihnen allen bekannt; denn ich darf an- nehmen, daß Sie unser Programm kennen. Wir haben heute noch nicht die Volksschule, aber es wird dazu kommen, und wenn sie wirklich gesunde Zustände herbeiführen wollen, müssen sie zur Staatschule kommen; denn das ist ihr Zustand, daß jetzt gemeldet und gefordert wird darüber, wer eigentlich die Kosten tragen soll, die notwendig aufgebracht werden müssen, wenn wir auf dem Gebiet unserer Volksschule um einen Heinen Schritt wenigstens vorwärts kommen wollen. Schließlich, wenn der Landtag nicht nachgibt, scheitert noch die ganze Vorlage allein daran, weil man nicht weiß, wer man die Kosten aufhalsen will, weil der Staat für die Sünden, die er jahrelang hindurch gemacht hat, jetzt die Gemeinden verantwortlich machen will. Die Gemein- den sollen bezahlen, was der Staat hätte schon lange bezahlen müssen, wenn er sich auf dem Gebiete der Schule seiner Aufgaben bewußt gewesen wäre. Ge- wiß, man kann sich auch prinzipiell für eine Gemeinde- schule aussprechen; wir sagen durchaus nicht, daß man das nicht kann, unter Umständen würden wir Sozial- demokraten es auch tun. Aber daß wir bei unseren heutigen Gemeindeverhältnissen dazu nicht die mindeste Lust haben, werden Sie begreifen. Wir haben ein etwen- diges rickständiges Gemeindewahlsystem, das uns, den Arbeitern, den Einfluß so beschränkt, daß wir Loren wären, wenn wir den Gemeinden die Schule vollständig austiefen würden.

Keine neuen Gemeindefinzen.

Die Vorlage will, daß den Gemeinden ein großer erheblicher Teil der Lasten aufgebürdet wird. Nun hat der Herr Staatsminister gestern darüber Berechnungen aufgestellt und unter anderem erklärt: Die paar Mark, die die Kommission bewilligen will, spielen eigentlich gar keine Rolle, wenn nicht mehr bewilligt werden soll, denn kann man schließlich auch darauf verzichten. Auf dem Standpunkt habe ich auch gefunden; die Regierung hat keine Ursache, wegen der 30 000 Mark noch große Meiden zu halten, wenn sie nicht mehr bekommt, so kann sie die auch noch übernehmen. Ich meine, die Kom- mission hätte erklären sollen: Wir gehen über haupt nicht, soweit die Gemeinden in Betracht kommen, der Staat soll es tragen, die Mittel dafür können und müssen aufgebracht werden. Was macht man denn, wenn eine neue Marinovorlage, eine Militärvorlage kommt? Haben wir da auch schon einmal gehört, daß die Regierung erklärt hat: Wenn hier die Kosten nicht auf- bringt, ziehen wir die Vorlage zurück? Das wäre uns ja angenehm, das tut man aber nie, da springt der Landtag jedesmal über den Stod, da weiß er Mittel zu finden. Nur wenn es sich um Kulturaufgaben und ins- besondere um die Volksschule handelt, da sieht man ratlos da und handelt und schwadert und brüt noch mal, wo man die Mittel hernehmen soll, um diese absolut notwendige Aufgabe lösen zu können. Es ist ein voll- ständig falscher Standpunkt, den die Regierung ein- nimmt; an den Schulfällen ist, so lange die Welt steht, noch kein Staat zu Grunde gegangen, aber schon mehr wie eher daran, daß er an der Schule gespart hat, weil man glaubt hat, es sei nicht notwendig, die nötigen Summen in die Volksschule hineinzupacken. Daran fran- zen heute auch die Staaten, die in der Weltgeschichte feinerzeit eine ungeheure Rolle gespielt haben und die heute im Konkurrenzkampf der Völker nichts mehr be- deuten. Ich weiß auf Italien und Spanien hin, deren Volk heute eine so tiefe Kulturkrise einnimmt, daß es

noch nicht einmal febril Energie besitzt, um irgend welcher Art Arbeit zu leisten.

Die Forderungen der Lehrer.

Ich komme nunmehr zu den Forderungen der Lehrer. Auch da nimmt die Regierung einen Standpunkt ein, den ich schließlich nicht begreife. So wie die Dinge sich bei uns in Baden entwickelt haben, ist die Volksschul- frage hauptsächlich eine Lehrerfrage geworden; es hängt in der Tat davon ab, wie wir die Lehrer stellen, ob wir überhaupt die Möglichkeit besitzen, unsere Volksschule aus dem Zustande herauszukriegen, in dem sie sich heute befindet. Ich bin der Meinung — und mit mir ist es meine ganze Fraktion — daß die Forderungen der Lehrer durchaus berechtigt sind, daß man daran nicht mehr herumzögern sollte. Der Herr Staats- minister selber hat ja zugegeben, daß die Volksschullehrer einen außerordentlich wichtigen Beruf erfüllen; daraus muß man aber auch die Konsequenzen in materieller Be- ziehung ziehen: wenn dieser Beruf für unser staatliches und öffentliches Leben so wichtig ist, dann muß man die Volksschullehrer aber auch so stellen, wie andere Beamte mit ähnlicher Vorbildung schon längst gestellt sind.

Die Regierung hat nun einen Vermittlungsvorschlag gemacht; sie ist nachträglich auf den Satz hinausge- gangen, den die Kommission vorgeschlagen hat — aller- dings unter der Voraussetzung, daß erstens einmal die Lehrer nicht in den Gehaltskreis eingezählt, und zweitens, daß sie bei der nächsten Gehaltssteigerung nicht berücksichtigt werden. Der Herr Staatsminister hat ge- sprochen gemeint; bei der übermäßigen Revision kann man sie ja wieder berücksichtigen; allerdings wird dann mancher von den Herren nicht mehr leben. Das ist auch ein Trost für die Lehrer — aber noch schlimmer wie ein gewöhnlicher Mangelkrankheit!

Warum sollen denn die Lehrer nicht das gleiche Recht haben, wie alle anderen Staatsbeamten? Warum sollen sie immer warten müssen? Wenn die Verhältnisse so liegen, daß es heute Schwierigkeiten bereitet, die For- derungen der Lehrer zu erfüllen, so sind doch daran die Lehrer nicht schuld. Daran ist der Staat selbst schuld, der so lange zugewartet hat, daß infolge des langen Wartens nun auf einmal eine Reihe von Aufgaben er- fällt werden müssen, die viel leichter und viel mehr zur Zufriedenheit hätten gelöst werden können, wenn schon früher damit ein Anfang gemacht worden wäre. Was würden wir erleben, wenn man andere Beamte so be- handeln würde, wie man jahrelang unsere Volksschul- lehrer behandelt hat? Es ist vor einigen Wochen bei irgend welcher Debatte davon die Rede gewesen, daß die Lehrer gewissermaßen sich Disziplinirlosigkeiten haben zu Schulden kommen lassen. Von Disziplinirlosigkeiten kann da keine Rede sein; aber wenn die Lehrer etwas lauter als andere Staatsbeamte getrunken haben, waren sie dazu voll- kommen im Recht, und wenn sie das nicht getan hätten, dann wären sie heute noch nicht da, wie sie sind: d. h. Volksweltung und Regierung wären jetzt noch nicht dazu gekommen, die berechtigten Wünsche der Lehrer zu erfüllen.

Die Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstufen.

halten wir für notwendig und für nützlich deshalb, weil nach unserem Dafürhalten weder ein zweckmäßiger noch ein vernünftiger Grund dagegen vorgebracht werden kann. Das, was die Regierung einwendet, das läuft in letzter Linie immer wieder auf finanzielle Bedenken hinaus, die man dann hinter alle möglichen Gründe verbirgt. In Wirklichkeit ist es die Finanz- frage, welche die Regierung abhält, die Lehrer in den Gehaltsstufen einzureihen, weil sie dann selbstver- ständlich bei der nächsten Gehaltssteigerung auch wieder die Lehrer berücksichtigt müßte. Aber wenn diese Einrei- hung nicht durchgeführt wird, so wird diese Frage — diese Aberzergung habe ich — nicht zur Ruhe kommen, und mit Recht nicht zur Ruhe kommen; die Lehrer werden auch fernhin verlangen, daß sie mit allen anderen Staatsbeamten gleichgestellt werden und dazu haben sie ein vollberechtigtes Recht.

Deshalb bin ich der Meinung, daß man, wenn man jetzt schon an die Reform herangeht, die Wünsche der Lehrer in dieser Richtung erfüllen und nicht knausern solle. Es waren Zeiten da, wo man die Forderungen der Lehrer hätte erfüllen können: das waren die Zeiten der ungeheuren Ueberfluthung, die wir gemacht haben; die Zeiten, wo wir für Millionen Staatsbeamten angestellt haben, die heute bis auf den letzten Penny be- zahlt sind; aber die Volksschule wurde damals vernach- lässigt, für die hat man in jener Zeit der Ueberfluthung nichts übrig gehabt. Daran war aber nicht nur die Regierung, daran waren auch die großen Par- teien schuld, die damals die Regierung unterstüzten, wo es sich darum handelt, die Regierung in bezug auf ihre Finanzpolitik auf eine andere Bahn zu bringen. Warum können denn die Städte etwas leisten? Schen Sie hin, wie die Städte ihre Lehrer bezahlen, auf wel- cher Höhe die städtischen Schulen stehen, und vergleichen Sie einmal damit die Verhältnisse auf dem Lande draußen. Wenn es so weitergeht, wenn die Regierung glaubt, daß sie bei ihrem Standpunkt nicht abweichen könnte, dann werden mit jedem Jahre, davon bin ich sehr überzeugt, die Kalamitäten nicht weniger, sondern größer werden.

Lern- und Lehrmittelfreiheit.

Was unsere Forderung in bezug auf Lern- und Lehr- mittelfreiheit betrifft, so sind wir zwar der Ueberzeu- gung, daß sie noch nicht akzeptiert werden wird, obwohl die Sache nicht so schlimm sein würde. Diese Forder- ung ist gar keine utopische mehr, sondern sie ist in dem Musterlande Baden schon in einer großen Anzahl von Gemeinden durchgeführt. Der Staat hat die Schulpflicht eingeführt — und aus der Einführung der Schulpflicht erwächst mit Notwendigkeit die Konsequenz, daß auch die Lern- und Lehrmittelfreiheit durchgeführt wird. In dieser Beziehung ist die Schweiz uns auch wieder lehrhaft voraus, weil überhaupt auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens. Die Kosten sind durch- aus nicht so groß, daß der Staat sie etwa nicht auf- bringen könnte. Der Staat muß doch auch für die Schüler der oberen Zehntausend ungeheuer viel pro Kopf drauslegen; warum soll er nicht auch die Kosten für die Kinder der Masse des Volkes aufbringen? Bei- in unseren Kreisen des Volkes aufgewachsen ist, der weiß, wie schwer es die Eltern trifft, wenn sie drei oder vier Kinder in die Schule gehen haben und pro Quartal acht bis zehn Mark für Schulgelde zahlen müssen und dabei noch die Lehrmittel und dazu noch die heutigen Löhne!

Lehrerziehung und Lehrerbildung.

Ich komme nun zur Lehrerziehung und Lehrerbil- dung, die selbstverständlich in dieser Frage auch eine große Rolle spielen. Auch da hat der Staat lange nicht das getan, was er hätte tun müssen. Seit über vierzig Jahren haben wir in Baden die Simultan- schule; aber bis zum heutigen Tage ist in dieser Beziehung noch nicht die Konsequenz hinsichtlich der Lehrer- seminarien gezogen. Wir haben immer noch die

ta wundern Sie sich, wenn dann schließlich auch konse- quente Lehrervereine entstehen. Ja, wenn die Leute in religiöser einheitlicher Richtung ertragen werden und nicht später noch viel dazu lernen, bleiben sie eben in diesen Anschauungen stecken und es ist natürlich, daß sie in bezug auf die Vertretung ihrer Standesinteressen dann nur die Konsequenzen dieser Anschauung ziehen. (Lachen.) Wiedemann: Ich war im gemischten Seminar). Ich weiß nicht, welche Zustände bei Ihnen mitgespielt haben, daß Sie auf den Zentrumsbanken sitzen. (Seitertzeit.) Nebenfalls wäre es zweckmäßig, wenn man auch in dieser Richtung die Simultan- schule durchzuführen würde. Die Lehrer wünschen das schon lange. Da kom- men aber gewisse Herren und sagen: „Man braucht katholische Lehrervereine!“ Und warum: „Nicht bloß wegen der materiellen Interessen, nein, aus pädagogischen Gründen: der katholische Lehrer muß nach katho- lischen Grundsätzen erziehen und bilden.“ Das erleben wir ja alles heute. Denken Sie sich die Konsequenzen aus und Sie werden sehen müssen: auf diesem Wege würden wir zu den schlimmsten Zuständen kommen. Der Staat muß also endlich das tun, was die Lehrer mit Recht wünschen.

Neur Lehrerseminarien.

Wir haben heute zu wenig Lehrerseminarien- qualitativ und quantitativ Beziehung — und schon auf dem letzten Landtage wurde dies von der Regierung zugegeben. Kein Wunder, wenn unter tausend Schül- lern, die die Volksschule besucht haben, vielleicht, wenn es gut geht, ein paar Duzend sind, die in ortho- graphischer und stilistischer Beziehung in acht Jahren richtig schreiben gelernt haben, wo sonst denn auch her- kommen: 60, 70, 80 bis zu 120 Schüler muß ein Lehrer unterrichten; und dabei 16 Unterrichtsstunden in der Woche, und davon 3 bis 4 auf den Religionsunterricht. Was soll dabei gutes herauskommen?

Es wird jetzt etwas besser, wenigstens hat es den Anschein. Aber was erleben wir nun jetzt? Es ist be- kannt geworden, daß die Lehrer materiell besser gestellt werden sollen und die Folge davon war, daß sich mehr junge Leute dem entsprechenden Studium gewidmet haben. Ich habe letzter Tage gehört, daß sich sowohl in Freiburg wie in Heidelberg doppelt so viel Aspiran- ten angemeldet haben, als angenommen werden konnten. Man kann ja zunächst bei den Prüfungen etwas strenger verfahren, um so eine bessere Qualität zu erzielen. Aber es wurde gestern konstatirt, daß Leute mit den denkbar besten Zeugnissen zurückgewiesen werden mußten — weil kein Platz vorhanden war. Ist denn das ein Zustand in dem Augenblick, in dem wir unsere Volksschule verbessern wollen, in dem Augenblick, wo die Regierung in ihrer eigenen Vorlage eingesehen muß, es wird mindestens 15 Jahre dauern, bis man in normale Zustände hineingekommen ist? Und das bei einer Vorlage, die doch noch so weit zurück ist hinter dem, was wir verlangen!

Ich meine, da hätte die Regierung mit allen Mitteln darauf arbeiten müssen, daß wir neben dieser Vor- lage auch zugleich eine solche über die Errichtung zwi- schen vier und dreier Lehrerseminarien be- kommen hätten; denn wir können nicht um die Errich- tung derselben herum, die brauchen wir absolut. Wo- rum macht die Regierung keine Vorlage, wo es so not- wendig ist? Ich meine, wir haben doch kein Interesse daran, 15 Jahre zu warten, bis wir in den normalen Zustand hineinkommen, wenn wir in 5 Jahren hinein- kommen können, wozu die Regierung die nötigen Mittel anfordert. Aber der Herr Staatsminister hat er- klärt, daß er nicht in der Lage ist, solche Anordnungen zu stellen, der Herr Finanzminister drückt eben den Thaum an den Beutel. Aber auch der Herr Finanz- minister hätte das denkbar größte Interesse daran, daß in dieser Beziehung das mögliche geschieht. Denn die Volksschule ist auch eine volkswirtschaftliche Frage. Je weiter wir in der Bildung zurückbleiben, desto mehr bleiben wir auch in der Steuerkraft zurück.

Nicht die Gemeinden für die Fehler des Staates haften lassen.

Die Gemeinden sollen jetzt die Sünden der Re- gierung büßen und sollen begehren. Wenn sie sich dagegen wehren, so tun sie es vollständig mit Recht. Jedoch hat es vom Standpunkt der Regierung her, daß sie es so gemacht hat. Denn wenn man diese Vorlage unpopulär machen wollte, konnte man es nur damit tun, daß man den Gemeinden die Kosten aufhalsen ließ. (Zurufe von verschiedenen Seiten: Sehr richtig! Sehr gut!) Das war wohl auch der Grund, warum man es gemacht hat. Denn die Unpopularität der Vorlage tritt schon in Erscheinung; man sieht, wie der Landtag auf die Vorlage (Widerpruch), weil er merkt, die Vorlage ist durchaus unpopulär, weil die Gemeinden die Kosten auf- bringen müssen. Ich meine, der Staat allein muß die Kosten aufbringen, er kann und darf sie den Gemeinden nicht aufhalsen. Die Folge wäre sonst, daß es mit der Volksschule nicht besser würde, sondern eher noch schlech- ter. Ich habe vorher schon darauf hingewiesen, daß in den Gemeindeverwaltungen Leute des Dreifachstabs- rechts sitzen und insolgedessen nicht immer die Leute, die das nötige Verhältniß für diese Frage haben. (Zurufe des Abg. Oberkaiser.)

Nicht bremsen, sondern vorwärts!

Bestern schon hat es geheißen, wenn man einen ein- stimmigen Beschluß fassen will, darf man nicht so weit gehen. Es hat aus der Rede der Herren Wind und Frey enbach herausgeklungen, daß sie vor der Re- gierung zurückweichen, und der Herr Staatsminister hat das sofort auch durchblicken lassen; er hat den Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß der Landtag so weit zurückweiche, daß die Regierung die Vorlage annehmen kann. Wir haben aber das größte Interesse daran, daß das nicht geschieht, denn wir haben die Ueberzeugung, daß, wenn der Landtag so weit zurückgeht, wie die Re- gierung will, das Resultat dem nicht mehr entspricht, was wir verlangen zu müssen. Wir meinen, die Lehrer haben lange genug gewartet; sie haben Anspruch darauf, daß endlich ihre Anforderungen gewürdigt werden. Regierung und Landtag sollten sich nicht auf den klein- sten Standpunkt stellen, daß die Finanzen nicht aus- reichen zur Durchführung einer genügenden Schule- reform, sondern auf dem Standpunkt, den einmal ein deut- scher Philosoph vertreten hat, indem er erklärte, daß dasjenige Volk, das bis in die untersten Stadien die tiefste und die verbreitetste Bildung besitzt, unter den Völkern seiner Zeit das glücklichste und mächtigste sein wird. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dann allerdings darf man nicht so knausern, dann muß man mit den Mitteln etwas reichlicher vorgehen. Dann wird man auch das Ziel erreichen, das in diesen Worten der Philosophen ausgesprochen ist: man wird das Volk glück- lich und mächtig machen. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten und den Liberalen.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Weip- mann; für die Illustrationen: Karl Ziegler. Buch- druckerei und Verlag des Volksfreunds, Ged. u. Ges. Sammlungs-Verlag.